Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neue Tendenzen im Wählerverhalten

Noch selten haben so viele Bürger die «freie» Liste, das heisst jene ohne Parteibezeichnung in die Urne gelegt wie im vergangenen Herbst bei den Nationalratswahlen. Das mag teilweise damit zusammenhängen, dass diesmal zum Beispiel Umweltschutzorganisationen oder «Bürgeraktionen» solche Listen in Inseraten als «Muster» propagierten und dabei die ihnen genehmen Kandidaten verschiedenster Parteilisten bunt durcheinandermischten. Doch scheinen auch viele Bürger, die nicht nach Interessenlage, sondern nach persönlichen Profilen wählten, von dieser Möglichkeit vermehrt Gebrauch gemacht zu haben.

Der zweite Fall, der Sachverhalt vermehrter nicht parteigebundener Stimmen ohne erkennbare Interessenausrichtung, lässt sich ohne detailliertere Untersuchung der «freien» Listen nicht abschliessend erörtern und deuten. Die erste Variante aber hat sich allzu drastisch in der Schlussrangierung «grüner» Kandidaten auf ihren angestammten Parteilisten niedergeschlagen, als dass sich das Phänomen noch vernachlässigen liesse. Mit ins Bild gehört auch die Tatsache, dass ausserordentlich viel panaschiert wurde: Es gab weit weniger unveränderte Parteilisten als früher, wobei die Übernahme von Kandidaten aus andern Parteien besonders augenfällig war.

Es wäre allzu einfach, wenn man diese Erscheinung den Parteien anlasten und einmal mehr das Jammerlied vom «heimatlosen» Bürger anstimmen würde. Zwar haben es die Parteien im «neuen» Medienzeitalter sehr viel schwerer als früher, ihre Arbeit in der breiteren Öffentlichkeit angemessen zur Geltung zu bringen. Doch die Tatsache, dass die sogenannten «Bewegungsparteien», die sich als «Grüne» oder Überfremdungsgegner zu politischen Alternativen hochzustilisieren suchten, nur marginale zählbare Erfolge erzielten, ist ein deutlicher Beweis dafür, dass die traditionellen Parteien mit ihren teilweise langwierigen Auswahlverfahren beim Bürger gar nicht so schlecht dastehen.

Hingegen scheint sich die Beziehung vieler Bürger zu «ihrer» Partei in qualitativer Hinsicht zu verändern. Es gibt zumindest in bevölkerungsstarken Kantonen deutliche Symptome dafür, dass «man» sich zwar noch immer einer Partei verbunden fühlt, jedoch mit einem schwächeren Identifikationsgrad. Man ist «in vielem anderer Meinung» und geht deshalb auf Halbdistanz, während früher dergleichen Meinungsverschiedenheiten auf breiterer Basis *innerhalb* der Partei ausgetragen worden waren. Die Partei wird auf diese Weise funktionaler empfunden, als Dienstleistungs- und Wahlvorbereitungsorganisation sozusagen, die man benützt, aber nicht mehr so engagiert selbst mitträgt.

Das führt gleichzeitig dazu, dass man weniger als früher dafür sensibilisiert ist, in erster Linie der *Partei* möglichst viele Stimmen zuzuführen und darum auf das Panaschieren zu verzichten. Entgegen einem Grundgedanken des Proporzwahlsystems, das von seiner Struktur her den Hauptakzent auf die Parteistimmen legt, verstärkt sich so die Tendenz, Kandidaten mehr auf Grund ihres persönlichen Profils und weniger nach ihrem Parteibuch zu wählen. Dies um so mehr, als sich vor allem die bürgerlichen Parteien für den «Wähler in Halbdistanz» nur noch graduell zu unterscheiden scheinen; er ist rasch mit dem Urteil zur Hand, es sei doch alles «Hans was Heiri», und hat deshalb auch weniger Verständnis für den Wunsch der Parteien nach möglichst grosser Stimmdisziplin.

Die Verwischung der Parteiprofile wird natürlich auch durch die massive Steigerung der Wahlkampf-Präsenz von verschiedenartigsten Interessenorganisationen im weitesten Sinn verstärkt. Es gab im vergangenen Herbst zahlreiche Kandidaten, die auf einem Dutzend und mehr Empfehlungslisten standen, von Sportverbänden über den Tier- oder Naturschutz bis hin zu wirtschaftlichen Interessengruppen. So ist es nicht verwunderlich, dass dem Wähler ob all diesen zusätzlichen Etikettierungen die parteipolitische Lokalisierung des einzelnen Kandidaten als stark relativiert erscheint.

Auf diesem Hintergrund ist es von einigem Interesse, wie sich solche nicht- oder parapolitischen Organisationen ausserhalb der Wahlzeiten verhalten. Dass zum Beispiel einzelne wirtschaftliche Gruppierungen mit «ihren» Kandidaten auch im politischen Normalbetrieb auf sachlicher Basis eng zusammenarbeiten, entspricht einer selbstverständlichen Tradition. Neu ist hingegen die Erscheinung, dass einzelne Organisationen vor allem des «grünen Bereichs» nun dazu übergehen wollen, alle Parlamentarier laufend kritisch zu begleiten und – wie es in einem entsprechenden «Gratulationsschreiben» hiess – ihre in diesem Falle in die Hunderttausende gehenden Mitglieder regelmässig darüber zu informieren, wer im Parlament wieviel für oder gegen die Interessen der betreffenden Organisation getan habe.

Auf diese Art einer inquisitorischen «Erfolgskontrolle» waren bisher allerhöchstens extremistische Parteien verfallen. Die Tendenz verdient um so eher Beachtung, als sie nun auch von grossen Tageszeitungen in dem Sinne mitgetragen wird, dass die einzelnen Parlamentarier regelmässig nach völlig willkürlichen und oberflächlichen Kriterien durchleuchtet und in der Öffentlichkeit mit entsprechenden Zensuren «beglückt» werden. Wie weit damit der immer wieder beschworenen grösseren Sachlichkeit und Seriosität in der Politik gedient wird, ist eine Frage, die ebenfalls öffentliches Interesse verdienen würde.

Richard Reich

Parteibuchabhängige Chefbeamte?

Die Schweiz ist bekanntlich eine Konkordanzdemokratie. Konkordanz ist ein politisches Prinzip und bedeutet, dass die «politische Mehrheit» aus Einsicht in die Notwendigkeit, das «Gleichgewicht der Kräfte» sicherzustellen, auf die Ausübung der «absoluten Herrschaft» verzichtet. Konkordanz ist mithin auf Minderheitenschutz angelegt. Und sie ist aus diesem Grunde vor allem in einem Staat wichtig, der sich aus Minderheiten zusammensetzt. In diesem Sinne ist Konkordanz der Zwillingsbruder des Föderalismus. In der Schweiz gehören beide zu den tragenden Säulen der politischen und sozialen Stabilität.

Jedes Prinzip muss dann, wenn es in die Wirklichkeit übertragen werden soll, «instrumentalisiert» werden. Es sind Mittel und Wege zu finden, welche die hinter dem Prinzip stehenden Ideen und Absichten realiter zum tragen bringen. Die Konkordanz hat in der Schweiz im Laufe der Zeit eine reichhaltige Möblierung erfahren: etwa die Koalitionsregierung auf Bundesebene, die Zauberformel, das Proporzwahlsystem, die ausgesprochen dezentrale Entscheidungsstruktur – und eben auch das Parteibuchgleichgewicht auf der Ebene der Chefbeamten vor allem im Bund. Weil die Konkordanz ein Prinzip ist, das sich in unterschiedlicher Weise realisieren lässt, ist und darf die Praxis nicht sakrosankt sein. Wer die Praxis kritisiert, ist deshalb noch nicht notwendigerweise ein Gegner des Prinzips.

Es fällt nun auf, dass der *Volkswirtschaftsminister* einen ausgesprochenen Hang entwickelt hat, sich mit parteinahen Beratern und Chefbeamten zu umgeben. Der Eindruck ist wohl nicht ganz abwegig, dass er damit ein Konkordanzelement, das bisher zur Praxis gehörte, in einer Art und Weise zu strapazieren beginnt, die die Frage geradezu provoziert, ob dieses Element noch tauglich ist. Man spricht gewiss kein Geheimnis aus, wenn man darauf hinweist, dass die fachlichen Chefbeamtenqualitäten im Bundeshaus, vornehm ausgedrückt, höchst unterschiedlich sind. In Zeiten jedoch, in denen sich die wirtschaftlichen Probleme häufen, in denen sich mithin eine Verstärkung der Problemlösungskapazitäten aufdrängt, muss die Frage erlaubt sein, ob die Parteibuchqualifikation weiter einen so grossen Stellenwert haben soll, wie das gegenwärtig der Fall ist. Die Verwaltung ist wie die Privatwirtschaft auf Leute angewiesen, die sich in erster Linie durch ihren fachlichen Ausweis und ihre charakterliche Integrität qualifizieren. Leute dagegen, die lediglich mit dem Stuhl denken, auf dem sie sitzen, weil sie ihn einer Partei zu verdanken haben, sollten zumindest keine erste oder gar ausschliessliche Wahl sein. Eine Korrektur der Konkordanzpraxis in diesem Sinne könnte wohl kaum schaden.

Willy Linder

UNESCO – eine Kündigung

Der angemeldete, in einem Jahr wirksame Austritt der USA aus der in Paris logierten Zweigorganisation der Vereinten Nationen, UNESCO, hat tiefliegende Ursachen und unmittelbare Anlässe. Wer diesen Entschluss anprangert – *Die Zeit* erinnert an Senator McCarthy, ja, an Goebbels als Feind des Völkerbunds, und der bedeutende Pädagoge Hellmut Becker vermutet ein Spekulieren auf die Gunst der Wähler –, der sollte immerhin diese Ursachen und Anlässe zur Kenntnis nehmen.

Zunächst fällt auf, dass in diesem Fall die liberale Presse der Ostküste den Austritt dringend empfohlen hat. Gegen andere Beschlüsse, wie jüngst die drastische Verkürzung des amerikanischen Beitrags zur Internationalen Entwicklungsagentur IDA, protestierte diese gleiche Presse mit Recht energisch.

Einigkeit zwischen Präsident Reagan und Organen wie *The New York Times* und *The Washington Post* ist so ungewöhnlich, dass sie von den Kritikern mindestens vermerkt werden sollte.

In Europa haben liberale Wochenzeitungen wie *The Economist* (London) und *L'Express* (Paris) den amerikanischen Entschluss richtig und nachahmenswert genannt. Da muss sich einiges angestaut haben! Die Zahl der Mitgliedstaaten hat sich seit der Gründung fast vervierfacht. Das hat zu einem automatisch funktionierenden Stimmenblock zwischen Osten und Süden, Staaten des Warschauer Paktes und Dritte Welt geführt und hatte zwei Folgen: politisch-ideologische Polemiken und Zielsetzungen, die sich vom ursprünglichen Zweck der UNESCO entfernen, und Besetzung von Stellen durch protegierte, aber wenig qualifizierte Funktionäre.

Gegen das McBride-Projekt einer neuen «Weltinformationsordnung» mussten sich die Staaten mit Pressefreiheit vier Jahre lang wehren. Dieser unnötige Streit hat unverhältnismässig viel Kräfte und Zeit in Anspruch genommen. Er ist nicht beendet.

Unter dem Vorwand, dass das Nachrichtenmonopol der Presseagenturen der reichen kapitalistischen Länder gebrochen werden müsse, damit die armen Länder der Dritten Welt endlich mit ihrer eigenen Stimme sprechen – Hilfe auf diesem Gebiet ist übrigens vielfach geleistet worden –, sollte der freie Fluss der Nachrichten unterbrochen werden. Den Staaten stünden fortan Mittel zur Kontrolle der Journalisten, der Informationen zur Verfügung. Gestützt auf diesen Report hat zum Beispiel die Tageszeitung von Kuala Lumpur auf Regierungsanweisung ihr Abonnement bei Reuter kündigen müssen.

Nun ist das Interesse der Völker des Ostens wie des Südens an Informationen und Kommentaren sehr lebhaft. Sie begehren mehr zu erfahren, als was ihnen ihre Obrigkeiten durch gelenkte Medien mitteilen. Daher ging es nicht um reich gegen arm, kapitalistisch gegen sozialistisch, sondern um einschneidende Beschränkung der Informationen, um ungestörtere Bevormundung der eigenen Bürger.

Die sinkende Qualifizierung: Nach einer Umfrage unter Angestellten der

UNESCO sind 97 Prozent überzeugt, dass die Aufstiegschancen nicht mit der Leistung verbunden sind. Manche der fähigsten Funktionäre sind wegen dieses Klimas zurückgetreten, so Pierre de Senarclens, der die Abteilung «Menschenrechte und Frieden» leitete, der Mexikaner Rodolfo Stavanger, Direktor der Abteilung Sozialwissenschaften.

Seit bald 10 Jahren ist der Senegalese Amadou Mohmar M'Bow Direktor der UNESCO. Nicht nur durch seine Personalpolitik – er hat z. B. den Vetter seiner Frau zum Personalchef ernannt – und seinen Einsatz für Projekte wie die Medienordnung, sondern auch durch sein Gehaben hat er die Amerikaner brüskiert. Die amerikanische UNESCO-Botschafterin wurde von M'Bow in einer Sitzung des Exekutivrates rüde abgekanzelt, Amerika wurde zum Sündenbock für alle Missstände der Welt gemacht. Unter den wegen Spionagetätigkeit ausgewiesenen Sowjetdiplomaten waren drei bei der UNESCO angestellt. Sie werden, ohne tätig sein zu können, weiterhin bezahlt. Das sind nur Beispiele.

Anlässe: Alle anderen Umweltorganisationen der UNO haben 1983 keine oder sehr geringe Erhöhungen des Budgets beschlossen – WHO, das Weltgesundheitsamt sogar eine Senkung um 1 Prozent, UNESCO aber verlangte in der jüngsten Pariser Generalversammlung eine Erhöhung um über 6 Prozent. Es kam zu einem Kompromiss mit 2,5 Prozent, doch haben sich einige europäische Mitgliedstaaten enthalten, und die USA stimmten dagegen.

Die Amerikaner erwarten keine Änderung unter Direktor M'Bow. Sie wollten eine Zusicherung, dass er sich nach Auslaufen seiner Amtszeit nicht zur Wiederwahl stellen werde. M'Bow hat diese Zusicherung nicht geben wollen. Das mag der unmittelbare Anlass des Beschlusses gewesen sein.

Die westlichen Kritiker des amerikanischen Rückzugs bestreiten Missstände und Ärgernisse nicht, nur raten sie, geduldig von innen an Reformen zu arbeiten. Das jedoch ist jahrelang versucht worden – ohne Erfolg. Die USA bestreiten ein Viertel des Budgets und fühlten sich – insbesondere auf der Konferenz in Mexiko – stets auf der Anklagebank. Wenn auf ihr Dabeisein Wert gelegt würde, war es unklug, die wachsende Missstimmung der öffentlichen Meinung in den USA zu verkennen. Vielleicht werden Forderungen wie jene, dass in Zukunft nur ein Viertel des Budgets für die Administration verwendet werden, in dieser «Stunde der Wahrheit» mehr Chancen haben.

François Bondy